

4. Sitzung des 27. Studierendenparlaments am 17.10.2019
Beginn 18:56 Uhr – Hörsaal 2097, Hauptgebäude Unter den Linden 6
Ende: 21:37

Abstimmungsergebnisse in der Form: ja / nein / Enthaltungen

Abkürzungen der Listennamen, so weit diese nicht selbst von der Liste verwendet werden (z.B. Jusos): AG – Autonome Geos; autoalk – the autonome alkoholiker*innen. Die Liste; Eu3T – Ewig und 3 Tage; FELL – F-Emanzipatorische Liste; LiLi – Linke Liste; Grünboldt – Grünboldt – Grün Alternative Liste; LGV – LinksGrünVersifft; LuSt – Liste unabhängiger Studierender; NR – Nap Rooms in der Bibliothek; OLKS Offene Liste kritischer Studierender; PoS – Power of Science; q_f – queer_feministische LGBTIQ Liste; SchwuLis – Schwule Liste; SDS – Die Linke.SDS

Weitere Abkürzungen siehe <https://www.refrat.de/fako.infos.html#a6251>

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung

1.1 Begrüßung

Das Präsidium begrüßt die Anwesenden.

1.2 Beschluss der Tagesordnung

Feline (Präsidium) ergänzt, dass die Wahl des Sozialreferats nochmal verlängert wird. Es gibt zwei Eilanträge welche hinzugefügt werden.

- *So vorliegende Tagesordnung per Akklamation angenommen.* -

2. Bestätigung des Protokolls der 3. Sitzung des 27. StuPa vom 03.07.2019

Es gibt Änderungswünsche (Tippfehler im Wahlergebnis unter TOP 4.3; ferner wurde unter TOP 5.3 Lille und nicht Jelle von PoS zitiert).

- *So geändertes Protokoll per Akklamation angenommen.* -

3. Mitteilungen und Berichte

3.1 Präsidiums

Feline berichtet, dass ein Interview zur Quotierung gegeben worden sei, dass der BEO-Antrag mit redaktionellen Änderungen von der Uni zugestellt worden sei und mit diesen dann in Kürze in Kraft und veröffentlicht werde.

Die vorherige Sitzung wurde als Sitzungsleitung evaluiert. Mit Nachdruck wird darauf hingewiesen das Grenzen gewahrt werden und in Zukunft klare respektvolle Verhaltensregeln befolgt werden. Disziplinarverfahren die in der Geschäftsordnung festgehalten sind, müssen sonst herangezogen werden.

3.2 RefRat

LGBTI:

- Tagesgeschäft, Einarbeitung des neuen Co-Referenten
- verschiedene Antragsbetreuung, unter anderem ein studentisches Buchprojekt zum Thema Trans* und Lebensführung
- zusammen mit Antira und Queer_fem: Prozess der Besetzung der Rassismusberatung der adb (Verlängerung Bewerbungsfrist, Einsicht in die Bewerbungsunterlagen)
- zusammen mit einer Studentin: Orgatreffen des Projektes HIVStories, im

Rahmen dessen Workshops und Performances im Schwulen Museum im September stattfinden sollen

- Vernetzungs- und Barabend am 19.06.2019 im Südblock
- Bundestreffen der schwulen, schwul-lesbischen und queeren Hochschulreferate und -gruppen (20.-23.6.2019): Im Rahmen dessen haben wir Workshops/Gesprächsrunden im hochschulpolitischen Teil veranstaltet und waren in die Organisation des Treffens allgemein eingebunden
- Vorbereitung einer Tuntenshow, die im Rahmen des RefRat-Sommerfestes (4.7. in Adlershof ca. 17-18 Uhr) stattfinden wird
- Vorbereitungstreffen allgemein zum Sommerfest in Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat

HoPo: - Arbeit in Gremien: AS, Konzil, LSK, EPK
 - Veranstaltungsplanung
 - Vernetzung mit anderen ASten über die LAK

Kultur: -Das Kulturreferat hat
 - RefRat Sommerfest mit dem Mops in Adlershof organisiert und veranstaltet
 - Studis bei Raumreservierungen und Finanzanträgen assistiert
 - Erstis den RefRat vorgestellt

Fin: - Antragsbetreuung, Haushalt, Personalangelegenheiten, Interviews

FaKo:
 - Organisation und Durchführung der Erstibesuche des RefRats bei den Fachschaftsvertretung
 - Koordination der Verteilung von Erstibeuteln und StudKals
 - Vorbereitung der FRIV am 23.10.

LuSt:
 - Beratung, Hochschulrechtsberatung, Einklageberatung, Teilnahme an AS, LSK, Treffen mit der LAK bzgl. BerlHG-Novelle, Überarbeitung und Veröffentlichung der studentischen Forderungen bzgl. BerlHG-Novelle sowie treffen mit bildungspolitischen Sprecher_innen und Staatssekretär Krach, Erstitage, Erstirede, #HUgegenStudis-Verfahren begleitet, Interviews

Antifa:
 - Planung einer Veranstaltung mit Harry Waibel mit dem Titel „Die braune Saat – Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus in der DDR“ im November, bei der ein besonderer Fokus auch auf die Geschichte der Humboldt-Universität gelegt werden wird
 - Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Jüdischen Studierendenunion
 - Kontakt mit dem Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit zwecks einer Erarbeitung von historisch-kritischem Material über den Campus Adlershof
 - Planung eines Vortrages fürs Wintersemester, bei dem ein aus dem Iran geflüchteter Politaktivist von der Situation von iranischen Jugendlichen und Studierenden sowie seinen Erfahrungen im iranischen Gefängnis und während der Flucht über die Türkei, die Ägäis und die Balkanroute 2015 berichten wird

- Öff: - StudKal: Redaktion, Lektorat, Druck
 - Beuteldruck
 - Beutelpacken
 - TG: Raumanträge, Finanzanträge, Mails, Verteiler

Antira:

- adb-Ausschreibung, Bewerbungsverfahren und Einstellung (erneute Ausschreibung vorübergehend ausgesetzt)
- Koordination der Schwarzen Hochschulgruppe
- Vernetzung mit BPoC-Referat im Asta der FU
- Teilnahme an Podiumsdiskussion zu kultureller Aneignung
- Veranstaltung zur deutschen Kolonialgeschichte

Öko:

- Semsterticketverhandlungen weiter geführt, Unterschriebener Vertrag für SoSe 2020 und weiter Verhandlungen auf uns zu kommend.Mitarbeit und Unterstützung in der FfF HU Gruppe, Planung Klimastreikwoche. Veranstaltungsplanung für eine Mobilisierungsveranstaltung für die Klimastreikwoche und Ende Gelände.
- Mitarbeit in der Grünen Gruppe. Tagesgeschäft und Antragsbetreuung. Vorstellung des RefRat bei der O-Woche

StuKi:

- Das StuKi-Referat war beschäftigt mit
- Einarbeitung, Evaluation und Koordination
- Entwicklung eines neuen Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit
- Betreuung des Kinderladens
- Aktualisierung des Einstellungsprozess
- Teilnahme an Teamsitzung im Kinderladen
- Antragsbetreuung

4. Wahlen / Bestätigungen

4.1 Wahlvorstand

Vertagung mangels Anwesenheit der Kandidat*innen.

4.2 Referat für Öffentlichkeitsarbeit

Bewerber*innen stellen sich vor.

Anna stellt sich vor. Hat bereits ein Jahr Erfahrungen sammeln können, betont dass die Arbeit ihr weiterhin wichtig ist.

Mowa stellt sich vor. Hat auch bereits Erfahrungen in Öffentlichkeitsarbeit in anderen Kontexten sammeln können. Findet es allgemein wichtig was der RefRat tut und betont dass es weitere Konzepte benötigt um Informationen über die RefRat Struktur an Studis zu bringen.

Wahlergebnis: 35 abgegebene Stimmen, Quorum 17

Anna(Haupt-Referentin): 29/ 3 / 2. Anna ist gewählt und nimmt die Wahl an.

Mowa (Co-Referent): 31/ 2/ 1 . Mowa ist gewählt und nimmt die Wahl an.

4.3 Referat für Soziales

kommissarische Verlängerung wird abgestimmt.
Per Akklamation.

Abstimmung: viele/ eine, Verlängerung ist angenommen.

5. Anträge

5.1 Keine Rechtsradikalen an der HU- Konsequenzen für Prof. Jörg Baberowski

Andreas (Lili) appelliert, dass die Leute ja wüssten, dass Baberowski ein rechter Prof sei. Jule (Lili) fasst Ausgangssituation zusammen. Baberowski bezeichne sie als „unfassbar dumme Studentinnen“ und „linksextreme Fanatiker“. Es gehe nicht an, dass Studierendenvertreter*innen damit rechnen müssten, so denunziert zu werden. Egal welche Statusgruppe, sollten Gremienmitglieder so einen Umgang nicht erfahren müssen. Es sei eine Strafanzeige gestellt und eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht worden, man erhoffe von der HU eine Positionierung.

Mert (Linke SDS): Er unterstütze den Antrag, da Baberowski ein Rechtsradikaler sei und die Nazidiktatur relativiere. Es werde gut hervorgehoben, dass Baberowski ein rechter Prof. sei. Die Anzeige sei aber heuchlerisch, da die anzeigestellende Person durch entsprechende Äußerungen und Verrohung der Sprache aufgefallen sei.

Joao (LuSt): Ihm sei dieses Problem nicht bekannt. Es bestünde das Problem, einen rechtsradikalen Prof zu haben mit Netzwerk. Das führe zu rassistischer Hetze. Bezug auf Vorrednerin, dass, je nach dem in welche Rahmen Sachen gesagt würden, es Konsequenzen haben müsse, wenn Profs sich so äußern.

Bafta (OLKS): Es gehe nicht darum sich als Kämpferin darzustellen.

Ergänzungsantrag: Vorletzter Absatz: Zuvor habe er bereits Joao diffamiert, weil er öffentliche Gutachten dazu auszugsweise veröffentlicht habe.

Andreas (Lili) Solidarische Erklärung gegenüber den Studis in Hamburg. Dies solle auch an den AStA der Uni Hamburg geschickt werden.

Jule (Lili) Es gebe Veröffentlichungen. Outings hätten eine neue Qualität. Shitstorm.

Ablenkung vom Eigentlichen, dass Baberowski ein Rechter sei.

Bafta: Es gehe bei der Kampagne darum, studentisches Engagement klein zu halten. Es werde das Narrativ konstruiert, dass Studis Gesinnungsterror betreiben würden. Studis hätten diese Macht gar nicht. Institut über Meinungskram solle thematisiert werden. Stellung von studentischer Kritik. Wir seien nicht diejenigen die Meinungsfreiheit klein halten wollen.

Bengt (Jusos): Solidarität mit den Betroffenen. Mert habe Justizgrundrecht infrage gestellt mit seiner Aussage. Findet den Änderungsantrag zur Weiterleitung an den AStA der UHH sinnvoll und hält den Tweet von realsozialismus ultra für gelungen.

Dominik (RCDS): Nachfrage zum Änderungsantrag, inwiefern man dennoch diese Sachen trennen solle – zum einen die Betroffenheit zweier Personen und zum andere das generelle Statement über Wissenschaftslandschaft.

Andreas (Lili) Sagt dazu, man könne das auch trennen, aber eigentlich passe es auch. Also nicht trennen.

Präsidium (Feline): Stellt fest, dass die Änderungsanträge durch die Antragsteller*innen übernommen wurden.

Abstimmung: viele/ keine / 3. Antrag ist angenommen.

Beschlusstext:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin solidarisiert sich mit den studentischen Vertreterinnen im Akademischen Senat und fordert das Präsidium der HU auf Maßnahmen gegen Herrn Prof. Baberowskis Fehlverhalten einzuleiten.

In Reaktion auf ein Interview im Deutschlandfunk vom 19.08.2019, hatte Herr Baberowski die studentischen AS-Vertreterinnen Bafta Sarbo und Juliane Ziegler öffentlich auf seiner Facebook-Seite als „unfassbar dumm“ und „linksextreme Fanatiker“ (sic!) bezeichnet. Wie der RefRat in einer Pressemitteilung vom 14.10.2019¹ mitteilte, haben die beiden sowohl Strafanzeige als auch Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Professor eingereicht. Wir schließen uns der Einschätzung des RefRats an, dass Baberowski damit jede sachliche Ebene der Auseinandersetzung verlassen hat. Studentische Kritik bzw. Meinungsäußerungen von Gremienvertreter_innen zu diffamieren nur weil sie einem Professor nicht gefällt, verschärfen das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Professor_innen und Studierenden und gefährden die Grundlagen einer demokratischen Hochschule.

Baberowski ist in der Vergangenheit wiederholt durch rechtsradikale Äußerungen aufgefallen, was Bafta und Jule im Interview kritisierten. Das Scheitern seiner Pläne ein Forschungszentrum für vergleichende Diktaturforschung einzurichten, kann als Resultat vernichtender Gutachten² und der gezielten Vermeidung einer öffentlichen Diskussion des Vorhabens im Akademischen Senat bezeichnet werden. Wir begrüßen das Scheitern dieses Vorhabens.

Um ihrer historischen Verantwortung gerecht werden zu können, darf die Humboldt-Universität sich nicht scheuen, sich klar von rechtsradikalen Tendenzen und Personen zu distanzieren. Wir fordern daher das Präsidium der Humboldt-Universität auf, ihre 2017 veröffentlichte Solidaritätserklärung mit Baberowski³ zu revidieren, endlich Konsequenzen zu ziehen und zu prüfen inwieweit die Personalie Baberowski für die Universität noch tragbar ist. Das StuPa beauftragt den Referent_innenRat damit das HU-Präsidium über den Beschluss zu informieren.

5.2 Referat für Lehre und Studium : Finanzierung Verfassungsbeschwerde

Jule (LiLi): stellt den Antrag vor.

Es gehe hier darum eine Risikokostenübernahme zu beantragen. So könne ein ordentliches Urteil formuliert werden. Es diene als Musterverfahren und es werden Kosten in Höhe von 7.500 EUR beantragt.

Es gebe keine Fragen.

Abstimmung: viele / keine /2. Antrag ist angenommen.

Beschlusstext:

¹<http://www.refrat.de/article/press.news.strafanzeige.baberowski.html>

²<https://taz.de/Diktaturforschung-an-der-Humboldt-Uni/!5570421/>

³https://www.hu-berlin.de/de/pr/nachrichten/archiv/pm1703/nr_170330_01

Zum Einlegen einer Verfassungsbeschwerde gegen die Ablehnung von Klagen auf Verlängerung des Studiums beim Berliner Verfassungsgericht wird eine Erhöhung der Risikokostenübernahme in Höhe von 7.500 € für Rechtsanwaltskosten und Gerichtsgebühren aus den Geldern der Studierendenparlamentes gewährt.

5.3 HoPo : LAK- Verwaltungsvereinbarung

Luka (Grünboldt) fasst kurz zusammen, welche Aufgaben die LAK innehat.

Die Verwaltungsvereinbarung wird mit den eingearbeiteten Änderungen vorgestellt. Die Änderungen sind im Antragstext gelb unterlegt.

Diese beinhalten eine allgemeine Formulierung in Bezug auf die Verortung der LAK Personalstellen, sodass die Stellenverwaltung zwischen den beteiligten Unis wechseln könne. Eine weitere Änderung bezieht sich auf die Anzahl der Bewerber*innen. Des Weiteren ist eine Änderung in der Kostenaufteilung vollzogen worden, somit ergibt sich eine geringere zu Zahlende Summe für den RefRat.

Annabell (Power of Science) merkt an, dass in dem Antragstext ein Tippfehler in der Rechnungsaufstellung ist. Der Antrag wird mit dieser redaktionellen Änderung abgestimmt.

Abstimmung: viele / keine /2. Antrag ist angenommen.

Beschlusstext:

Das Studierendenparlament stimmt der „Vereinbarung über die Einrichtung und Finanzierung der Geschäftsstelle der LandesAstenKonferenz (LAK) Berlin“ zu und beauftragt den Referent_innenrat die Vereinbarung zu unterschreiben.

5.4 SDS : Satzungsänderung zweite Lesung

Mert (SDS) will eine geheime Abstimmung beantragen.

Präsidium (Feline) weist darauf hin, dass bei der Abstimmung über Anträge die GO keine geheime Abstimmung vorsehe.

Mert (SDS) stellt GO-Antrag auf namentliche Abstimmung.

Es wird eine namentliche Abstimmung durchgeführt.

Andreas (LiLi) weist daraufhin, dass der Antrag grundsätzlich demokratiefeindlich wirke, das passive Wahlrecht werde eingeschränkt. Es gebe außerdem kein anderes Parlament, in dem es eine vergleichbare Beschränkung des passiven Wahlrechts gebe.

Helge (Autoalk): *Erinnert an seinen Änderungsantrag.*

Valentin (LuSt) Nur weil es in einem anderen Parlament nicht ist, heiße das nicht, dass es demokratiefeindlich ist.

Mert (SDS) Ins StuPa könne man bereits mit einer Stimme gewählt werden. Also bleibe der Antrag, wie er ist.

Abstimmungsverfahren:

Bengt (Präsidium): Verliert den Änderungsantrag der AutosAlks.⁴

Abstimmung: viele /8 /10. Änderungsantrag ist angenommen. Da er am weitgehendsten ist, entfällt ein anderer Änderungsantrag zu dem Gegenstand.

⁴Der eingereichte Änderungsantrag lautet:

In (2) wird ersetzt: „8 mal“ durch „8000 Mark“ und hinter 8000 Mark hinzugefügt: „in Serie“

Namentliche Abstimmung zum so geänderten Gesamtantrag: 2/ 31/ 2. Der Antrag ist nicht angenommen.

5.5 Solidarität mit Rojava!

Andreas (Lili) stellt den Antrag vor, würde sich sehr über Unterstützung freuen. Angriffskrieg von Erdogan gegen Kurden. Solidarität mit den dort kämpfenden und arbeitenden Gruppen.

Jule (LiLi): YPG maßgeblich an der Bekämpfung des IS beteiligt. Hinweis, dass dort Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden. Diskussion über Islamisches Institut.

Nils (Jusos): Es sei unumgänglich sich mit den Kurden zu solidarisieren. Verfolgung seit Jahrzehnten. Es war ein Schutzraum. Emanzipatorische und demokratische Ausrichtung braucht Unterstützung. Zentralrat der Muslime, der im Beirat des Islaminstitut sitzt, habe reaktionären Charakter gezeigt. Deswegen Unterstützung für den Antrag.

Dominik (RCDS): Unterstützt den Antrag und stellt Änderungsantrag auf Einfügung nach „islamische Theologie“: „Es [das Studierendenparlament] schließt sich damit seinem Beschluss aus dem ... an, in dem die einseitige Besetzung des Beirats des Instituts für islamische Theologie bzw. der Ausschluss liberaler Verbände einstimmig kritisiert worden ist.“

Änderungsvorschlag von antragstellenden Listen angenommen.

Abstimmung: viele / keine /eine. So geänderter Antrag ist angenommen.

Beschlusstext:

„Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin solidarisiert sich mit den kurdischen Streitkräften und den selbstverwalteten Gebieten in Nordsyrien im Kampf gegen den türkischen Faschismus. Es ruft die Studierenden der Humboldt-Universität auf sich ebenfalls im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu solidarisieren und fordert die Senatskanzlei für Wissenschaft und Forschung dazu auf den Zentralrat der Muslime sowie die Islamische Förderung Berlin aus dem Beirat des Instituts für islamische Theologie auszuschließen. Das Studierendenparlament schließt sich damit seinem Beschluss vom 02.07.2018 an, in dem die einseitige Besetzung des Beirats des Instituts für islamische Theologie bzw. der Ausschluss liberaler Verbände einstimmig kritisiert worden ist.“

Das StuPa beauftragt das Referat für Öffentlichkeitsarbeit die Studierendenschaft und den RefRat die Senatskanzlei zu informieren.“

6. Sonstiges

Mert (SDS): Was heute passiert sei, sei ein Beispiel wie schlecht das Stupa besetzt sei. Dieses StuPa gebe Rechten und Frau Kunst einen Anlass sich über das Gremium lustig zu machen. Traurig.

Bafta (OLKS): Mert gibt Rechten selbst eine Plattform, wenn er ein demokratisch gewähltes Gremium für seine Besetzung kritisiert und die Lügenkampagne von Baberowski unterstützt.

Ende der Sitzung: 20.55